

## Presseinformation

**Diakonie Deutschland  
Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.**

Ute Burbach-Tasso  
Pressesprecherin  
Zentrum Kommunikation

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
T +49 30 65211-1780  
F +49 30 65211-3780  
pressestelle@diakonie.de  
www.diakonie.de

Berlin, 6. Juni 2018

### **Anker-Zentren sind integrationspolitisch verfehlt und führen zu Konflikten und sozialer Spaltung**

Berlin, 6. Juni 2018 "Die Schaffung von Anker-Zentren wird nicht dazu führen, dass Asylanträge schneller und vor allem rechtssicher bearbeitet werden können", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland anlässlich der heute beginnenden Innenministerkonferenz, bei der sich Bund und Länder über die Umsetzung eines Pilotprojektes zu Anker-Zentren verständigen werden.

Dafür seien eine Qualitätsoffensive beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und unabhängige, flächendeckende Asylverfahrensberatung notwendig. "Einfach eine andere Form der Unterbringung einzuführen, ändert nichts. Offensichtlich sollen die Anker-Zentren geschaffen werden, um abgelehnte Asylsuchende schneller wieder außer Landes bringen zu können", betont Loheide. Dabei werde jedoch verkannt, dass die allermeisten abgelehnten Asylsuchenden das Land von selbst wieder verlassen. "Hier wird mit spektakulären Einzelfällen Politik gemacht, wie mit dem Vorfall in Ellwangen", sagt Loheide.

Integrationspolitisch sei genau das Gegenteil notwendig: "Asylsuchende sollten so kurz wie möglich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden und schnell in eigenem Wohnraum leben, Kontakt zum Umfeld haben und an die lokale Infrastruktur angebunden sein. Zudem sollten sie arbeiten dürfen, Kinder brauchen Zugang zu Kita und Schule", betont Loheide. Zentral seien ausreichende professionelle und unabhängige Beratungsangebote, die Flüchtlinge bei der Integration und durch die Verfahren begleiten. "Die gemeinsame Unterbringung von Menschen, die psychisch hoch belastet sind und schreckliche Erlebnisse zu verarbeiten haben, mit Personen, die in Angst vor ihrer Abschiebung leben, führt zu erheblichen Problemen. Auch die Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie traumatisierten Flüchtlingen, Frauen und Kindern in diesen Einrichtungen ist hoch problematisch", betont Loheide.

Diese Grundsätze einer menschenrechtskonformen Flüchtlingspolitik haben der Deutsche Caritasverband und die Diakonie Deutschland in einem Schreiben an die Innenministerkonferenz übermittelt. Das Schreiben finden Sie im Anhang.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Die Diakonie ist die soziale Arbeit der evangelischen Kirchen. Bundesweit sind etwa 525.000 hauptamtliche Mitarbeitende in rund 31.500 ambulanten und stationären Diensten der Diakonie wie Pflegeheimen und Krankenhäusern, Beratungsstellen und Sozialstationen mit 1,15 Millionen Betten/Plätzen beschäftigt. Der evangelische Wohlfahrtsverband betreut und unterstützt jährlich mehr als zehn Million Menschen. Etwa 700.000 freiwillig Engagierte sind bundesweit in der Diakonie aktiv.